



BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderät*innen Kilian Stark, Mag^a. Heidemarie Sequenz, DI Huem Otero Garcia und Ömer Öztas (GRÜNE)
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 22.9.2021
zu Post 46 der heutigen Tagesordnung betreffend

Klimacheck für die Stadtautobahn "Stadtstraße" und weitere klimarelevante Infrastrukturprojekte

B E G R Ü N D U N G

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler hat angekündigt, dass Straßenprojekte vor Baubeginn in Zukunft einem Klimacheck unterzogen werden. Diese erfreuliche Nachricht sorgte knapp vor der Sommerpause für Furore. Das Klimaschutzministerium evaluiert also das Bauprogramm der ASFINAG. Neubau- und Erweiterungsprojekte, die sich aktuell noch nicht in Bau befinden sind betroffen. Dabei werden insbesondere auch die Auswirkungen auf den Klimaschutz und auf den rasant steigenden Bodenverbrauch geprüft.

Zentrale Frage dabei: Sind Planungen und Entscheidungen, die teilweise vor 20 oder 30 Jahren getroffen wurden, für ein klimafreundliches Verkehrssystem noch vernünftig?

Im aktuellen Wiener Regierungsprogramm wird ein ebensolcher Klimacheck versprochen. "Damit können bei der Entscheidungsfindung über die Realisierung eines Vorhabens auch die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt und optimiert werden", heißt es ebendort. Doch für die Stadtautobahn "Stadtstraße" wurde dieser Klimacheck bisher verabsäumt. Ohne Rücksicht auf die Pariser Klimaziele und damit die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen auf der Erde, ohne Überprüfung, ob die Realisierung mit den Klimazielen der Stadt kompatibel ist oder ob Alternativen besser geeignet sind, wurde eine knappe halbe Milliarde Euro für den Bau beschlossen.

Die Folgen der Klimaerwärmung sind schon heute in Österreich spürbar und werden zukünftig verstärkt auftreten. Die Zunahme von Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und anderen Wetterextremen sind die Folge. Die Zunahme der Emissionen aus dem Verkehr machen alle Klimaschutzbemühungen der anderen Sektoren in Österreich zunichte. Mit 42% und immer weiteren Steigerungen ist Verkehr heute schon DAS Sorgenkind der Wiener Klimapolitik.

Deswegen gehen seit mehr als 3 Jahren junge Menschen in Wien und weltweit auf die Straßen und kämpfen für eine zukunftsgerechte Klimapolitik. Sie fordern die Politik auf, endlich zu handeln, da es sonst zu spät ist. Sie fordern Maßnahmen zur

Bekämpfung der Klimakrise, mit denen das Pariser Klimaabkommen, insbesondere das 1,5-Grad-Ziel erreicht werden soll. Protestbewegungen wie das Protestcamp und die Besetzung der Baustelle zur Lobauautobahn zeigen, dass gerade junge Menschen bei der Frage um ihre Zukunft mitbestimmen wollen. Das Thema ihrer Generation – die Bekämpfung der Klimakrise – wird besonders sie treffen. Junge Menschen sind nicht nur willig die Klimapolitik mitzugestalten, sondern bringen auch wichtige Perspektiven in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Laut SOS-Kinderdorf haben rund 85% der Kinder und Jugendlichen Angst vor der Zerstörung des Planeten. 88% sind sogar der Meinung, dass wir jetzt handeln müssen, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Kein anderes Thema löst bei Kindern und Jugendlichen mehr Zukunftsängste aus.

Der Baustart im Sommer hatte daher die Besetzung durch Klimaschutzaktivist*innen zur Folge. Junge Menschen sehen Ihre Lebensgrundlagen gefährdet und fordern deren Schutz ein. Seitdem stehen die Baumaschinen still. Eine gute Gelegenheit nochmals einen Schritt zurück zu machen und die Entscheidungen der Vergangenheit mit den Herausforderungen der Zukunft in Einklang zu bringen. Daher ist jetzt der geeignete Zeitpunkt aus der besetzungsbedingten Unterbrechung der Bauarbeiten, um eine Nachdenkpause zu machen und den Klimacheck für die Stadtstraße nachzuholen. Die Stadt Wien soll dem Beispiel der Klimaschutzministerin folgen und zeigen, dass der Slogan "Klimamusterstadt" mehr als eine hohle Phrase darstellt.

Sollte der Klimacheck erwartungsgemäß zum Ergebnis kommen, dass der Bau mit den Klimazielen der Stadt Wien nicht im Einklang steht, muss das Projekt konsequenter Weise gestoppt werden.

Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher gemäß §27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat fordert den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, sowie die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Ulli Sima, auf das Projekt Stadtstraße unverzüglich einer Evaluierung im Hinblick auf dessen Übereinstimmung mit den strategischen Zielen der Stadt Wien, insbesondere der Einhaltung des Pariser Klimavertrags, zu unterziehen und die Bauarbeiten bis zu dahin zu unterbrechen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 22.9.2021